


Bayerisches Staatsministerium
für Landesentwicklung und Umweltfragen

 München, den 15.02.90

Genehmigung nach § 7 Atomgesetz (AtG)
zur Änderung und Ergänzung der für das Kernkraftwerk
Gundremmingen II, Block B und C (KRB II) erteilten
atomrechtlichen Genehmigungen

- 3. Änderungsgenehmigung -

Bayerisches Staatsministerium
für Landesentwicklung und Umweltfragen

München, den 15.02.1990
Telefon [REDACTED]

An die

1. RWE Energie AG
Kruppstraße 5

4300 Essen 1
2. Rheinisch-Westfälisches
Elektrizitätswerk AG
Kruppstraße 5

4300 Essen 1
3. Bayernwerk AG
Postfach 20 03 40

8000 München 2
4. Kernkraftwerke Gundremmingen
Betriebsgesellschaft mbH
Postfach 3 00

8871 Gundremmingen

Das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (StMLU) erteilt im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (StMWV) folgende

Genehmigung nach § 7 Atomgesetz (AtG)

zur Änderung und Ergänzung der für das Kernkraftwerk Gundremmingen II, Block B und C (KRB II) erteilten atomrechtlichen Genehmigungen

- 3. Änderungsgenehmigung -

I. Gegenstand des Genehmigungsbescheides

Die für das Kernkraftwerk Gundremmingen II, Block B und C (KRB II) in Gundremmingen (Lkrs. Günzburg) erteilten atomrechtlichen Genehmigungen

- 1. Teilgenehmigung nach § 7 AtG vom 16.07.76,
Nr. 6341 a 9 - VI/2, VII/2 - 23217,
- 2. Teilgenehmigung nach § 7 AtG vom 22.12.77,
Nr. 9209 -VI/2 - 46716,
- 3. Teilgenehmigung nach § 7 AtG vom 30.01.80,
Nr. 9209 - VI/2 - 4149,
- 4. Teilgenehmigung nach § 7 AtG vom 10.02.81,
Nr. 9109 - VI/6 - 3572,
- 5. Teilgenehmigung nach § 7 AtG vom 02.11.81,
Nr. 9209 - 72 - 47731,
- 6. Teilgenehmigung nach § 7 AtG vom 03.01.83,
Nr. 9209 - 72/86 - 131,
- 7. Teilgenehmigung nach § 7 AtG vom 10.02.83,
Nr. 9209 - 72 - 6187,
- 8. Teilgenehmigung nach § 7 AtG vom 22.06.83,
Nr. 9209 - 72/74 - 26456,
- 9. Teilgenehmigung nach § 7 AtG vom 23.12.83,
Nr. 9209 - 72/74 - 57462,
- 10. Teilgenehmigung nach § 7 AtG vom 22.02.84,
Nr. 9209 - 7/8 - 9572,

- 11. Teilgenehmigung nach § 7 AtG vom 18.10.84,
Nr. 9209 - 7/8 - 49516,
- 1. Änderungsgenehmigung nach § 7 AtG vom 06.04.88,
Nr. 9209 - 74 - 16825
- 2. Änderungsgenehmigung nach § 7 AtG vom 08.01.90,
Nr. 9209 - 721 - 52265

werden wie folgt geändert:

An die Stelle der in den vorgenannten atomrechtlichen Genehmigungen als Antragstellerin, Genehmigungsinhaberin und Inhaberin der Kernanlage KRB II, Block B und C, bezeichneten Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG, Essen, tritt mit Wirkung vom 01.03.90 die RWE Energie AG, Essen.

II. Genehmigungsunterlagen

Dieser Genehmigung liegen folgende Unterlagen zugrunde:

- Antragsschreiben der RWE Energie AG und der Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG vom 09.11.89
- Schreiben der Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG vom 07.08.89
- Schreiben der Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG vom 09.11.89

- Erklärung der Kernkraftwerke Gundremmingen Betriebsgesellschaft mbH vom 18.09.89
- Schreiben der Bayernwerk AG vom Oktober 1989
- Versicherungsbestätigung der Allianz Versicherungs-AG vom 25.10.89
- Schreiben der Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG, der Bayernwerk AG und der Kernkraftwerke Gundremmingen Betriebsgesellschaft mbH vom Dezember 1989, Zchn. Sch-T/ne
- Schreiben der RWE Energie AG vom 12.02.90

III. Nebenbestimmungen und Hinweise

1. Auflagen und Anordnungen im Zusammenhang mit dem Betrieb des KRB II, die am 28.02.90 für die Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG verbindlich sind, sind mit Wirkung vom 01.03.90 für die RWE Energie AG verbindlich.
2. Nach näherer Maßgabe von Abschnitt III.3 der 11. TG nach § 7 AtG vom 18.10.84, Nr. 9209-7/8-49516, sind beabsichtigte Änderungen der Betriebs- und Strahlenschutzorganisation für das KRB II dem StMLU als Aufsichtsbehörde rechtzeitig vorher schriftlich anzuzeigen und bedürfen ggf. der Zustimmung des StMLU.
3. Gemäß § 16 Abs. 2 Nr. 1 AtVfV wird darauf hingewiesen, daß die Genehmigung unbeschadet der Entscheidungen anderer Behörden erteilt wird, die für das Gesamtvorhaben aufgrund anderer öffentlich-rechtlicher Vorschriften erforderlich sind.

IV. Kostenentscheidung

1. Die Antragsteller Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG und RWE Energie AG haben die Kosten des Verfahrens als Gesamtschuldner zu tragen.
2. Für diese atomrechtliche Genehmigung wird eine Gebühr von 10.000,-- DM (in Worten: Zehntausend Deutsche Mark) festgesetzt.
3. Auslagen werden gesondert erhoben.

Begründung

A. Sachverhalt

1. Die Antragsteller Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG (RWE AG) und RWE Energie AG betreiben zusammen mit den Mitgenehmigungsinhabern Bayernwerk AG und Kernkraftwerke Gundremmingen Betriebsgesellschaft mbH (KGB mbH) das Kernkraftwerk Gundremmingen II (KRB II), Block B und C. Im Rahmen des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens zur Errichtung und zum Betrieb des KRB II sind den Betreibern des KRB II für dieses Kernkraftwerk elf Teilgenehmigungen erteilt worden. Darüber hinaus sind nach Beendigung des vorgenannten atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens für das KRB II Änderungsgenehmigungen vom 06.04.88 betreffend Einsatz von 9 mal 9 Brennelementen im KRB II und vom 08.01.90 betreffend Durchführung von Maßnahmen des anlageninternen Notfallschutzes im KRB II erteilt worden.
2. Mit Schreiben vom 09.11.89 haben die Antragsteller RWE Energie AG und RWE AG beim Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (StMLU) den Antrag gestellt, die vom StMLU für das KRB II, Block B und C, erteilten atomrechtlichen Genehmigungen mit Wirkung vom 01.03.90 dahingehend zu ändern, daß anstelle der RWE AG die RWE Energie AG Genehmigungsinhaberin und Inhaberin des Kernkraftwerkes KRB II wird. Diesem Genehmigungsantrag sind Zustimmungserklärungen beigelegt, in denen die Mitgenehmigungsinhaber Bayernwerk AG und KGB mbH ihr Einverständnis zu der beantragten Änderung der für das KRB II erteilten atomrechtlichen Genehmigungen erklärt haben.

Die RWE Energie AG und die RWE AG haben in ihrem Antragsschreiben mitgeteilt, daß die RWE AG mit Wirkung vom 01.03.90 ihren Unternehmensbereich Energie (einschließlich des Betriebs von Kernkraftwerken) der RWE Energie AG überträgt und daß die Betriebsorganisation der RWE Energie AG im Vergleich zur Betriebsorganisation der RWE AG unverändert bleiben wird. Die RWE Energie AG hat mit Schreiben vom 12.02.1990 mitgeteilt, daß dasjenige Vorstandsmitglied der RWE AG, das in Bezug auf das KRB II bislang die Aufgaben der RWE AG als Genehmigungsinhaberin und Strahlenschutzverantwortliche wahrgenommen hat, weiterhin als Vorstandsmitglied der RWE Energie AG in Bezug auf das KRB II die Aufgaben der RWE Energie AG als zukünftige Genehmigungsinhaberin und Strahlenschutzverantwortliche wahrnehmen wird.

B. Rechtliche Würdigung

Diese Genehmigung kann erteilt werden, weil

- die verfahrensmäßigen Voraussetzungen des Atomgesetzes und der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung (AtVfV) erfüllt sind
- die materiellen Genehmigungsvoraussetzungen des § 7 AtG erfüllt sind,
- im Rahmen der Ermessensentscheidung nach § 7 Abs. 2 AtG keine Gründe ersichtlich sind, die der Erteilung der beantragten Genehmigung entgegenstehen.

Im einzelnen wird dies wie folgt begründet:

1. In den bisher für das KRB II, Block B und C, erteilten atomrechtlichen Genehmigungen ist die RWE AG als Mitgenehmigungsinhaberin und Betreiberin des KRB II aufgeführt. Der Austausch der Mitgenehmigungsinhaberin und Betreiberin RWE AG durch die neue Betreiberin RWE Energie AG bedarf einer atomrechtlichen Ergänzungsgenehmigung nach § 7 Abs. 1 AtG, da nach § 7 Abs. 1 AtG jeder Betreiber und jeder Inhaber einer ortsfesten Anlage zur Spaltung von Kernbrennstoffen und damit auch die RWE Energie AG als neue Betreiberin und Inhaberin des KRB II einer atomrechtlichen Genehmigung nach dieser Vorschrift bedarf.

Zuständig für die Erteilung dieser atomrechtlichen Genehmigung ist nach § 24 Abs. 2 Satz 1 AtG i.V.m. § 1 der Verordnung über die Zuständigkeiten zum Vollzug atomrechtlicher Vorschriften (AtZustV) i.d.F. der Bekanntmachung vom 12.01.90 (GVBl S. 14) das StMLU im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr.

2. Von den Genehmigungsvoraussetzungen gemäß § 7 Abs. 2 AtG war wegen der hinsichtlich der übrigen atomrechtlichen Genehmigungsvoraussetzungen unverändert gebliebenen Sachlage im vorliegenden Genehmigungsverfahren nur die Zuverlässigkeit der Mit Antragstellerin RWE Energie AG (§ 7 Abs. 2 Nr. 1, 1. Alternative AtG) und die Erbringung der Dekungsvorsorge durch die RWE Energie AG (§ 7 Abs. 2 Nr. 4 AtG) zu prüfen.

Hierbei ist festzustellen, daß dasjenige Vorstandsmitglied der bisherigen Mitgenehmigungsinhaberin RWE AG, das bislang in Bezug auf das KRB II

die Aufgaben der RWE AG als Genehmigungsinhaberin und damit als Strahlenschutzverantwortliche i.S.d. § 29 Abs. 1 Satz 1 Strahlenschutzverordnung i.d.F. der Bekanntmachung vom 30.06.89 (BGBl I S. 1321, ber. S. 1926) wahrgenommen hat und das deshalb als solches gegenüber dem StMLU nach § 29 Abs. 1 Satz 2 Strahlenschutzverordnung angezeigt worden ist, in Bezug auf das KRB II künftig als Vorstandsmitglied der RWE Energie AG die Aufgaben der RWE Energie AG als zukünftiger Genehmigungsinhaberin und Strahlenschutzverantwortliche wahrnehmen wird. Dies ergibt sich aus dem Schreiben der RWE Energie AG vom 12.02.90. Insoweit werden sich durch den Austausch der bisherigen Genehmigungsinhaberin Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG durch die neue Genehmigungsinhaberin RWE Energie AG ebenfalls keine Veränderungen ergeben.

Im übrigen hat eine nach Maßgabe des § 12 b AtG (in der Fassung von Art. 2 Nr. 4 des Gesetzes über die Errichtung eines Bundesamtes für Strahlenschutz vom 09.01.89, BGBl I, S. 1830) in Verbindung mit der Richtlinie des BMU für die Sicherheitsüberprüfung von Personal in kerntechnischen Anlagen, bei der Beförderung und Verwendung von Kernbrennstoffen vom 26.05.87 bei allen Vorstandsmitgliedern der RWE Energie AG durchgeführte vorbeugende Sicherheitsüberprüfung keinerlei Erkenntnisse ergeben, die zu Bedenken gegen die Zuverlässigkeit der RWE Energie AG Anlaß geben könnten.

Die erforderliche Vorsorge für die Erfüllung gesetzlicher Schadenersatzverpflichtungen (§ 7 Abs. 2 Nr. 4 AtG) ist durch die RWE Energie AG getroffen. Die Allianz Versicherungs-Aktiengesell-

schaft hat in ihrer Versicherungsbestätigung vom 25.10.89 bestätigt, daß ab 01.03.90 die RWE Energie AG, Essen, anstelle der Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG, Essen, mitversichert ist als einer der Genehmigungsinhaber und Inhaber der Kernanlage KRB II, wobei Versicherungsschutz besteht in Höhe der für das KRB II festgesetzten Deckungssumme.

3. Eine erneute Öffentlichkeitsbeteiligung war nach § 4 Abs. 1 Satz 2, Abs. 3 i.V.m. Abs. 2 Satz 1 Atomrechtliche Verfahrensverordnung (AtVfV) i.d.F. der Bekanntmachung vom 31.03.82 (BGBl. I S. 411) entbehrlich, da in Bezug auf das "Vorhaben" KRB II keine zusätzlichen oder anderen Umstände in einem Sicherheitsbericht darzulegen wären. Die im vorliegenden atomrechtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfenden Umstände betreffen nur die Zuverlässigkeit der Mitantragstellerin RWE Energie AG und die Erbringung der erforderlichen Deckungsvorsorge durch die RWE Energie AG. Solche Umstände sind aber, wie sich aus § 3 Abs. 1 Nr. 1 AtVfV ergibt, nicht in einem Sicherheitsbericht i.S. dieser Vorschrift darzulegen, sondern nach § 3 Abs. 1 Nrn. 4 und 7 AtVfV in separat vom Sicherheitsbericht vorzulegenden Unterlagen. Eine Veränderung der Anlage oder ihres Betriebs ist im übrigen gar nicht vorgesehen.
4. Gesichtspunkte, die eine Versagung der Genehmigung im Wege der Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens rechtfertigen würden, liegen nicht vor.

Mit dem genehmigten Inhaberwechsel sind keine Änderungen der Betriebsorganisation für das KRB II verbunden. Die RWE Energie AG ist eine 100 %ige Tochter der bisherigen Genehmigungsinhaberin Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG, in deren Konzern sie verbleibt. Das vorliegende Genehmigungsverfahren wurde ausgelöst durch die zum 01.03.90 wirksam werdende Ausgliederung des Unternehmensbereiches Energie der RWE AG auf die RWE Energie AG. Gegen diese gesellschaftsrechtliche Verselbständigung des Unternehmensbereiches Energie der RWE AG bestehen aus atomrechtlicher Sicht keine Bedenken.

C. Kostenentscheidung

Die Kostenentscheidung in Abschnitt IV beruht auf den Vorschriften des § 21 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 3 AtG i.V. mit §§ 1 und 2 Satz 1 Nr. 2 Kostenverordnung zum Atomgesetz (AtKostV) vom 17.12.81 (BGBl. I S. 1457) i.V. mit dem Verwaltungskostengesetz vom 23.06.70 (BGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.12.76 (BGBl. I S. 3341).

Gemäß § 13 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 Verwaltungskostengesetz haben die Antragsteller RWE AG und RWE Energie AG die Kosten des Verfahrens als Gesamtschuldner zu tragen.

Die festgesetzte Gebühr in Höhe von 10.000,-- DM liegt innerhalb des zulässigen Gebührenrahmens und orientiert sich am Verwaltungsaufwand sowie an der Bedeutung und am Nutzen dieser Genehmigung für die Gebührenschuldner (vgl. § 9 Abs. 1 Verwaltungskostengesetz und § 21 Abs. 3 Satz 3 Atomgesetz).

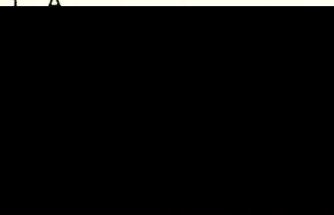
Neben der Verwaltungsgebühr sind die Auslagen des Genehmigungsverfahrens (§ 21 Abs. 1 Nr. 1 AtG, § 1 Satz 2 AtKostV, § 10 Verwaltungskostengesetz) zu erstatten. Diese werden jeweils gesondert erhoben.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe schriftlich Klage beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in 8000 München, Ludwigstraße 23 (Briefanschrift: 8000 München 34, Postfach 34 01 48), erhoben werden.

Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Streitgegenstand bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

I A



Ministerialdirigent